

Danziger Zeitung.

Nr. 18739.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Politische Uebersicht.

Danzig, 6. Februar.

Der neue Kurs in der Colonialpolitik.

Wir haben nie zu den principiellen Colonialgegnern gehört, noch weniger zu den Colonialchampionisten à la Rardorff und Mirbach. Es erfüllt uns daher mit doppelter Genugthuung, zu sehen, daß jetzt dieser vermittelnde, unsere Kraft sorgfältig abmehrende und den tatsächlichen Verhältnissen in unseren Colonialgebieten Rechnung tragende, weder pessimistisch das Kind mit dem Bade ausschüttende, noch stürmisch vorwärts drängende Standpunkt endgiltig auch an den maßgebenden Stellen durchgedrungen ist und fortan die Basis unserer Colonialpolitik bilden wird. Was wir gestern aus dem Munde Caprivis über die Fundamentalanforderungen erfahren haben, die den Kaiser bezüglich der Colonialpolitik und ihn, den Reichskanzler, selbst erfüllen, das deckt sich fast durchweg derart mit unseren von Anfang an unentwegt von Angriffen rechts und links vertretenden Anschauungen, daß wir dem Kanzler unseren ungetheilten Beifall zollen und uns freuen würden, wenn eine solche weise Beschränkung, auf rationelle Basis gestellte Colonialpolitik eine principielle Opposition nicht mehr fände. Es ist ja richtig, daß der derzeitige auch von der freisinnigen Partei gebilligte Rahmen der Colonialpolitik, wie ihn Fürst Bismarck im Jahre 1884 gezogen, vielfach überschritten worden ist, so daß sich eine entschiedene Gegnerschaft rechtfertigt. Wenn aber nunmehr alles uferlos darüber hinauslaufende abgestoßen wird, wenn nur die logischen und notwendigsten Konsequenzen aus jenem Anfangsprogramm gezogen werden, so ist der entscheidende Grund für diese Gegnerschaft fortgefallen; und einer logischen und natürlichen Weiterentwicklung jenes Anfangsprogramms, wie sie jetzt im wesentlichen vorliegt, zuzustimmen, wäre für diejenigen gewiß keine Inconsequenz, die damals, als es vor sechs Jahren festgelegt wurde, mit ihrer Zustimmung nicht zurückhielten. Vergesse man die Zwischenzeit, wo dieses Programm vergessen schien; nehme man es hin, wie es Caprioli von den angesehenen Schlachten gereinigt und verjüngt hingestellt hat; freue man sich des „neuen Kurses“, der hier so deutlich und erfreulich hervortritt, und versage man in Folge dessen die Mittel nicht, ihn durchzuführen. Das wäre das Erfprießlichste, was geschehen könnte, das beste Mittel namentlich, um den colonialchauvinistischen Allüren für immer die Spitze abzubrechen, die voraussichtlich so lange nicht von der Bildfläche verschwinden werden, bis nicht auch ihr Gegenpol, die absolute Colonialgegnerschaft, geschwunden ist. Aber mögen die Parteien im Parlament thun, was sie wollen — wir unsererseits bedenken es auch in Zukunft auf diesem Gebiete mit der aurea mediocritas des Horaz zu halten und werden deshalb am wenigsten von ihr abgehen, weil auch Herr v. Caprioli sie gestern auf seine Fahne geschrieben hat.

Wenn man nun den Verlauf der gestrigen Reichstagsitzung betrachtet, so wäre man versucht, dieses Kapitel der inneren Geschichte mit der Ueberschrift: „Caprioli gegen die Colonialchampionisten“ zu versehen. Schon im vorigen Sommer, als der Inhalt des Uebereinkommens bekannt wurde, machte sich die Befriedigung über die Concentration der Kräfte Deutschlands auf Ostafrika bei den Parteien, welche bis dahin die Colonialpolitik der Regierung im Princip bekämpft hatten, am lauteften bemerkbar, während die vormaligen Vorkämpfer der Colonialpolitik Entrüstungsmeetings gegen England in Scene setzten. Im Großen und Ganzen richtete sich die Spitze der heutigen klaren und ruhigen Auseinandersetzungen des Reichskanzlers gegen niemand anders, als gegen die Colonialchampionisten, wie Herren v. Rardorff und v. Mirbach. Als dieser die Vermuthung aussprach, daß bei den Zugeständnissen, welche die Reichsregierung an England gemacht habe, wohl wichtige politische Gründe mitgewirkt hätten, erhob sich Herr v. Caprioli von seinem Platze und meldete sich bei dem Präsidenten zum Worte. Die kaum

mehr als dreiviertelstündige Rede wurde, wie stets, vom Hause mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Die Stelle, wo er Herrn v. Mirbach gegenüber die Ueberzeugung aussprach, daß, auch wenn man die Bedeutung der Insel Helgoland für Deutschland ganz außer Rechnung lasse, der Vertrag mit England uns ein durchaus förderlicher sei, wurde von der linken Seite des Hauses mit lebhaftem Beifall begleitet. Nebenbei bemerkt, war von der Ermüdung, an der nach der Darstellung der Zeitungen Herr v. Caprioli leiden soll, nicht das Geringste zu spüren. Ein knapper, rein sachlicher, aber alles Wichtige umfassender Vortrag wie der heutige schließt Unterstellungen der vorbezeichneten Art völlig aus. Der Haupttrumpf, so zu sagen, den Herr v. Caprioli gegen diejenigen auspielte, die die Colonialpolitik des Fürsten Bismarck als Sturmbock gegen dessen Nachfolger verwenden möchten, war die Mittheilung, daß bereits am 2. Mai v. J. der Kaiser — nicht Negationsrath Kaiser, wie es in einigen Berichten heißt — Directiven für die damals bevorstehenden Verhandlungen mit England aufstellte, welche genau dem entsprechen, was bisher geschehen ist oder jetzt zur Durchführung gelangen soll. Damit ist der Versuch, die Capriolische Colonialpolitik an maßgebender Stelle zu discreditiren, von vornherein vereitelt. Auch Fürst Bismarck, so konnte der Reichskanzler mittheilen, hatte beabsichtigt, sich mit England über die beiderseitigen Interessen in Afrika auseinanderzusetzen. Die Behauptung, Fürst Bismarck hätte Zanzibar nicht an England abgetreten, widerlegte Caprioli in noch schlagender Weise. Der frühere Herr Reichskanzler habe an den Rand einer Denkschrift über die Erwerbung Zanzibars und Witus geschrieben: England ist für Deutschland wichtiger, als Zanzibar und Witu.

Neben diesen Hauptpunkten widerlegte der Reichskanzler noch eine lange Reihe von Ausstellungen, welche seiner Zeit gegen die Regierung in der Presse erhoben worden sind, theils direct, theils unter Mittheilung des wirklichen Sachverhalts. So z. B. constatirte er, die Regierung habe der ostafrikanischen Gesellschaft die Beschaffung der Entschädigungssumme für den Sultan von Zanzibar überlassen, weil nicht mehr Zeit gewesen wäre, eine Bewilligung des Reichstages herbeizuführen. In der Presse ist damals der Abschluß des Vertrages mit der ostafrikanischen Gesellschaft damit motivirt worden, daß die Regierung an der Bewilligung der Mittel durch den Reichstag gezwinkt habe.

Daß Herr v. Caprioli über das Zerwürfniß zwischen Wilmann und Emin sich auf Grund der bisher vorliegenden Berichte noch nicht aussprechen und das scharfe Urtheil Richters über Wilmann nicht unterschreiben will, ist angesichts der unleugbaren Verdienste Wilmanns von seinem Standpunkte aus selbstverständlich. Die nachhaltige Betonung der Nothwendigkeit, daß sich die Herren v. Wilmann, Emin und Dr. Peters — die Nennung dieses Namens wurde, schreibt unser Berliner „Correspondent“, viel bemerkt — in Zukunft den Anordnungen des Gouverneurs unbedingt unterordnen müßten, wenn sie, worüber man sich nur freuen könne, in Ostafrika weiter zu arbeiten gewillt seien, rief den Eindruck hervor, als ob Herr v. Caprioli in dem bisherigen Verhalten Emin und Dr. Peters gerade diese unentbehrliche Unterordnung vermissen. Jedenfalls ergiebt sich aus dieser Auslassung des Reichskanzlers, daß bisher über die Thätigkeit der drei Genannten nach dem 1. April d. J. noch nichts feststeht, daß aber auch eine positive Weigerung Wilmanns, nach dem 1. April in Ostafrika weiter zu arbeiten, bis jetzt noch nicht vorliegt.

Eine neue Art brasilianischer Auswanderungs-Agenten.

Wie gemeldet wird, sind die deutschen Behörden einer neuen Art von brasilianischen Auswanderungsagenten auf die Spur gekommen. Es handelt sich dabei um die Gewinnung europäischer Arbeiter für den unter dem Aequator liegenden brasilianischen Staat Pará. Da aber kein europäischer Staat dulden würde, Auswanderer für dieses heiße und ungesunde Land zu werben, so

haben sich die Agenten für Pará nach den Hafenplätzen Nordamerikas begeben, um dort alle diejenigen Einwanderer zu werben, denen wegen mangelnder Substanzmittel der Zutritt nach den Vereinigten Staaten unterlag. Auf diese Weise wurden während der letzten vier Monate etwa 2000 Deutsche und Deutschrussen nach Pará befördert, wo man sie zwang, als Arbeiter auf die Plantagen zu gehen. Neuerdings sind derartige Agenten auch in Deutschland und Holland aufgetaucht, wo sie Leute zur Auswanderung nach Nordamerika aufordern, um sie dann aber von Newyork aus nach Pará zu bringen.

Eine Berliner officiöse Stimme über Crispien Rücktritt.

Aus Berlin erhält die Wiener „Pol. Correspond.“ folgende Zuschrift:

Die Ministerkrise in Italien wird hier selbstverständlich mit großem Interesse verfolgt, und nicht minder selbstverständlich ist es, daß die Niederlage des Herrn Crispien in politischen Kreisen großes Bedauern erregt hat. Der italienische Ministerpräsident hatte sich seit einer Reihe von Jahren als ein loyaler und verständnisvoller Mitarbeiter der leitenden Staatsmänner Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bewährt, und der diplomatische Verkehr mit ihm war mit der Zeit zu einem angenehmen und vertraulichen geworden, wie eben die Zeit allein einen Verkehr derart gestalten kann. Es bedarf deshalb auch nicht einer ausdrücklichen Versicherung, daß man hier mit Befriedigung eine Lösung der Ministerkrise begrüßen würde, welche Herrn Crispien am Ruder ließe; aber nachdem dies gesagt ist, muß hinzugefügt werden, daß mit dem möglicherweise erfolgenden Abgang des Herrn Crispien eine Gefahr für den Fortbestand des Dreibundes in keiner Weise verbunden werden kann — aus dem einfachen Grunde, weil jener Bund nicht auf den Sympathien leitender Staatsmänner, die jeden Augenblick von der politischen Bühne verschwinden können, sondern auf den vitalen Interessen großer Nationen begründet ist, deren Natur für absehbare Zeiten wenigstens, radicalen Veränderungen nicht ausgesetzt ist. Der Nachfolger des Herrn Crispien, falls die europäische Politik über kurz oder lang mit einem solchen zu rechnen haben würde, wird unter allen Umständen ein italienischer Patriot sein, für den das Wohl seines Vaterlandes allein bei allen politischen Entscheidungen maßgebend sein wird. Dies aber ist eine genügende Garantie dafür, daß in dem Bündniß, wie es augenblicklich zwischen Deutschland, Italien und Oesterreich-Ungarn besteht, eine Veränderung, die Möglichkeit einer vollständigen Umwandlung zur Zeit garnicht in Erwägung gezogen zu werden braucht. Alles diejenigen, welche im Zusammenhange mit der italienischen Cabinetkrise auf die Auflösung des Dreibundes Hoffnungen für ihre friedensstörenden Begehrlichkeiten gegründet haben, werden sich, was immer in Italien während der nächsten Tage geschehen möge, davon überzeugen müssen, daß die italienische Politik, mag dieselbe durch den Abgang Crispien welche Veränderungen immer in ihren inneren Angelegenheiten erfahren, nach außen hin auf dem Standpunkte verharren wird, den Italien im wohlüberlegten eigenen Interesse und, wie man hinzufügen kann, in demjenigen des Weltfriedens seit einer Reihe von Jahren eingenommen hat.

Den neuesten Nachrichten aus Rom zufolge hat der König Humbert auch bis jetzt noch keinen Entschluß über die Bildung des neuen Cabinets gefaßt, noch irgend jemand den Auftrag hierzu ertheilt. Die Unterredungen, welche der König mit dem Kriegsminister Bertoldi und dem Marineminister Brin gehabt hat, bezogen sich lediglich auf die Frage weiterer Ersparnisse in den Etats dieser beiden Ressorts.

Umschwung in Oesterreich.

Die deutsche und die ungarische Presse der habsburgischen Monarchie behandelt andauernd die Erhebung des cisleithanischen Finanzministers Dunajewski durch Dr. Emil Steinbach nicht nur als einen Personen-, sondern als Systemwechsel, der zu einer Stärkung des Gesamtstaates führen müsse. Allenthalben erwartet man freilich noch

wiedergegeben, und mit der Haltung des Kindes steht auch die des kleinen Hündchens, das zum Gratulationsbesuch mitgenommen ist, in drolliger Harmonie. — Einen einfacheren Stoff weih uns Oscar Schulz in schlichter, natürlicher Vortragweise in seiner „Heimkehr“ gemüthlich nahe zu bringen: herzlich Begrüßung zwischen der von der Schmitterarbeit heimkehrenden Bauernfamilie und ihren jüngsten Sprossen. — „Jägerhinder vor dem Gemeinderath“ von Bapt. Nordberg nöthigen uns für die armen kleinen Bagabonden Partei zu ergreifen; glücklich Weise zeigen auch die Vertreter der Ortspolizei weniger strenge Amtsmienen als menschliche Theilnahme. — Mit peinlichster Sauberkeit in den charakteristischen Details sind die beiden Bilder von Charles M. Webb ausgeführt: „Im Laboratorium“ und „Der Kunstkritiker“. Charakteristisch sind auch „Wildbeute“ und „Stadtstreiber aus dem 17. Jahrhundert“ von C. Windmüller und „Ein Pennbruder“ von H. Karow. — Von Schabitz spricht „Der kleine Frager“ freundlich an, während dessen „Schützenkönig“ doch bereits zu dem Genre der Karrikatur gehört. — E. Rhodes: „Am Stammtisch“ zeigt eine Anzahl lebendig gemalter Männerköpfe, die aus täglichem Leben genommen erscheinen. — Dasselbe kann man auch von dem jungen, auf der Hochzeitsreise begriffenen Paar, das von einem Cicerone „Im Dogenpalast“ hergeführt wird, sagen. Die reiche Ausstattung

den demnächstigen Rücktritt des Ministers Praxak, der dem Cabinet ohne Portefeuille, nur als Vertreter der Tschechen angehört, des Grafen Falkenhayn, der die landwirthschaftliche Verwaltung leitet, und des Landesvertheidigungsministers Grafen Welfersheim, welche gleich Dunajewski gegen die Auflösung des Abgeordnetenhauses gestimmt haben. Die Zeit, in welcher die Deutschen als „factiöse Opposition“ bezeichnet wurden und das spöttische Wort des Fürsten Bismarck von den „Herbstkälte“ freudigen Widerhall in allen officiellen Blättern des Grafen Taaffe fand, scheint vorüber. Diese Empfindung herrscht heute in den politischen Kreisen diesseits wie jenseits der Leitha. So schreibt die „N. Fr. Pr.“:

Dunajewski ist ein notwendiges, ja unvermeidliches Opfer, welches dem inneren Frieden gebracht wird, denn sein Name bedeutet Haß und Streit, und die Deutschen hätten nicht an eine Besserung glauben können, wenn Herr v. Dunajewski der Sprecher der Regierung geblieben und nicht von der Ministerbank in das Dunkel des Privatlebens und der Vergessenheit gestoßen worden wäre. Er hat stets die Bedeutung der Deutschen für Oesterreich verkannt, und dieser verhängnisvolle Irrthum fand die gerechte Sühne in seinem Untergang.

Ähnlich äußert sich die „Deutsche Ztg.“:

Die Bedeutung des heutigen Tages liegt nicht in der Person des kommenden, sondern in jener des abgehenden Finanzministers. Ein Geisler der Erleichterung entriß sich der Brust von Millionen Oesterreichern. ... Dr. Dunajewski ist nicht mehr der politische Feind unseres Staatswesens. Das ist viel, ist unendlich viel und ist — vorläufig genug.

Ueber die Auslassungen der ungarischen Presse wird der „Börs. Ztg.“ aus Pest telegraphirt:

Alle Blätter erkennen die große Bedeutung des Sturzes Dunajewskis an und belohnen, daß damit aller Voraussicht nach noch lange nicht das letzte Wort gesprochen sei, sondern daß der Regierung und dem Reichsrath noch manche Umgestaltung bevorstehe. Einzelne ungarische Blätter bedauern Dunajewskis Abgang. Ungarn wolle eine Änderung des Spiritusgesetzes, die Abschaffung des Cotto, die Regelung der Baluta. In diese Angelegenheiten sei Dunajewski bereits eingetreten gewesen, während die Pläne seines Nachfolgers unbekannt seien.

Vom politischen und vom Standpunkte der Gesamtmonarchie hält jedoch die Presse einmüthig den Umschwung für erfreulich, der durch den Rücktritt Dunajewskis eingeleitet sei.

Das französische Budget.

Wie aus Paris telegraphirt wird, hat gestern der französische Ministerrath die Prüfung des Budgets für 1892 beendet. Dasselbe wird am 15. d. M. in der Deputirtenkammer eingebracht werden. Die Einnahmen sind um 32 Millionen niedriger angesetzt wegen der Aufhebung der Abgabe für Cirkulationsbeförderung, die Ausgaben dagegen um 40 Millionen höher eingesezt mit Rücksicht auf die Inkrastierung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit. Letztere werden compensirt durch die höhere Veranschlagung der Zolleinnahmen.

Französische Zollpolitik.

Die Zollcommission des französischen Abgeordnetenhauses hat gestern die gegenwärtig in Kraft stehenden, von der Regierung vorgelegten Zölle auf Rohlen genehmigt und die Erhöhung der Zölle auf Preshohlen abgelehnt. Auf Antrag des Vorsitzenden Méline soll das System der einstweiligen Zulassung, anstatt daselbst in das Ermeßen der Regierung zu legen, nur auf Grund eines Gesetzes zur Anwendung kommen, um jede Willkür auszuschließen.

In der Zollcommission des Senats hielt gestern Jules Ferry bei der Uebnahme des Präsidiums eine Ansprache, in welcher er es als die Aufgabe der Commission bezeichnete, über die ihr vorgelegten Fragen ohne Voreingenommenheit Wahrheit und Gerechtigkeit zu suchen und danach zu streben, daß ihre Entscheidung weder Sieger noch Besiegte schaffe, sondern zu einer billigen Verständigung führe. Eine öconomische Isolirung Frankreichs wäre eine verhängnisvolle Utopie. Der Senat werde es verstehen, Klugheit mit Entschiedenheit zu verbinden, und zu handeln, ohne zu erschüttern; die Methode des Umsturzes sei keine Methode. — Der Schwerpunkt dieser Erklärung liegt in dem gegen die „Isolirung“ gerichteten Passus. Es bestätigt sich

Kunstausstellung.

III.

Dem historischen Genre gehört ein größeres Bild von Paula Monje an: „Ein Volksfest im 16. Jahrhundert“ (Eigenthum der Nationalgalerie), das mit großem Fleiß und sorgfältigem Studium der Zeitkostüme gemalt ist. Die Gruppe in der Mitte des Bildes, namentlich das Mädchen, welches, an das Treppengeländer gelehnt, mit dem jungen Mann, der auf der Treppentreppe steht, in heiterem Gespräch begriffen scheint, ist nicht uninteressant. Die zahlreichen Figuren links, die in den Hintergrund gerückt sind, heben sich nicht klar und bestimmt genug von einander ab. — Das Bild des Grafen Harrach (ebenfalls Eigenthum der Nationalgalerie), konnte man versucht sein eher zu den Landschaften, als zu den Figurenbildern zu zählen, da, lediglich räumlich betrachtet, die Landschaft überwiegt, zu der die Figuren nur die Staffage zu bilden scheinen. Der Titel, den der Maler dem Bild gegeben hat, hebt zunächst den Zweifeln, und eine nähere Betrachtung bestätigt, daß der Künstler uns nicht mit der Natur, sondern mit dem Schicksal der Menschen beschäftigen will. Er nennt das Bild „Abgestürzt“ und zeigt uns einen Führer oder sonstigen Gebirgsbewohner, der bei seinem gefährlichen Erwerb verunglückt ist und eben dem Geistlichen die letzte Beichte ablegt. Um diesen Vorgang gruppieren

sich zahlreiche Personen, deren mannigfacher Ausdruck der Theilnahme trotz der Kleinheit der Figuren durchaus verständlich gemacht ist. Vorzüglich ist die Perspektive in diesen Gruppen, und der schwer bewölkte Himmel, sowie der düstere Charakter des Gebirges harmoniren trefflich mit der Stimmung, welche die ernste Situation des Vorwurfs bedingt. Diese strenge Einheitlichkeit der Stimmung, durch die der Künstler es erreicht, denselben Gedanken, welcher ihn besetzte, im Bewußtsein hervorzurufen, macht das Bild des Grafen Harrach zu einem der gelungensten der diesmaligen Ausstellung.

Biel freundlicher ist der Stoff, den Amberg zu seinem Bilde „Am Parkgitter“ gewählt hat. Eine sehr anmuthige Schöne beugt sich über das Gitter freundlich zu ihrem Verehrer im Wertherkostüm herab, so daß wir, wenn wir auch den Charakter des Verehrers, da er uns fast ganz den Rücken zuwendet, nicht bestimmt erkennen können, doch annehmen dürfen, die Schranke, die sie noch scheidet, werde sie nicht immer trennen. Das Bild ist äußerlich correct und in bester Farbenharmonie gemalt. — Freundlich spricht auch Kleinmichels „Der Großmutter Geburtstag“ an. Neben der gutmüthigen Alten, die sich in ihrer Beiseidenheit an der gewordenen Beförderung aufrecht erfreut, sieht auf einer hohen Truhe eine kleine Gratulantin; der Ausdruck kindlichen Behagens über die Wirkung ihrer Gaben ist von dem Maler im Angesicht des Kleinen mit gutem Humor

des Renaissance-Saales ist von dem Maler, Emil Brach, virtuos gemalt. — Sehr nüchtern ist „Nach der Kirche“ von Heinrich Pessing. Der moderne Faust auf dem Berliner Pfarrer und sein Greichen, das hier noch ihre Martha Scherlein neben sich hat, sind zu alltäglichen Gestalten.

Das, was uns auf dem Gebiet der Genre-malerei diesmal geboten ist, wird durch diese Aufzählung bei weitem nicht erschöpft, und es würde uns nicht überraschen, wenn mancher Beschauer Bilder ansprechender findet, als die hier genannten.

N. Sichel, der berühmte Maler weiblicher Schönheiten, hat zwei schöne Frauenköpfe: „Gavonardin“ und „Lydia“, ausgestellt, die, mit seiner bekannten einschmeichelnden Feinheit gemalt, gewiß wieder viele Verehrer finden werden. — Aus dem eigentlichen Porträtfach werden uns zwei ausgezeichnete Leistungen vorgeführt: ein interessantes, außerordentlich belebtes und durchgeistigtes Bildniß eines Herrn von dem Berliner Maler Nelson, den wir schon in einer früheren Ausstellung als talentvollen Porträtfach kennen gelernt haben, und das Bildniß, welches die begabte Malerin Maria Gräfin Kalchreuth von ihrem Vater geliefert hat. Vortheilhaft bemerkbar von auswärtigen Bildnißern machten sich noch: Hedwig v. Madewitz (183 und 184), Marie Spieler (316) und Fr. Menshausen (zwei Porträtsgruppen in Paffell).

sonach die Annahme, daß Ferry seinen Einfluß gegen die harten Schutzvölker einsetze werde.

Republikanische Demonstration in Barcelona.

In Barcelona, der zweitgrößten Stadt Spaniens, ist eine nicht ganz unbedeutende Demonstration der Republikaner vorgekommen. Eine Anzahl Anhänger Salmerons veranstalteten vorgestern Abend vor dem conservativen Club eine Kundgebung gegen die Conservativen, wobei einige Ausbrechungen vorkamen. Die Gendarmen schritten ein. Mehrere Manifestanten wurden verhaftet. Die Ruhe konnte erst gegen Mitternacht wieder hergestellt werden. Unter den Republikanern herrscht große Aufregung, so daß weitere Ausschreitungen befürchtet werden.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 5. Februar.

Zur zweiten Berathung steht der Antrag des Abg. Conrad (Centr.) auf Annahme des Entwurfs eines Wildschadengesetzes.

Zu § 1 liegt ein freisinniger Antrag vor, der jedem Eigentümer, Ruhungs- und Jagdberechtigten die Befugnis zur Jagd auf seinem Grund-, Ruhungs- und Jagdgebiete, Roth- und Damwild jederzeit, namentlich ohne Rücksicht auf Schonzeit zu erlangen und sich anzueignen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages soll wenigstens eine Schadenersatzpflicht auch für Rehe und Fasanen anerkannt werden.

Abg. Papendick (freis.): Wir haben den Antrag wieder eingebracht, weil wir unter den heutigen Umständen mehr auf Annahme hoffen können als früher. Will man endlich einmal den Landwirthen ausgiebige Hilfe gegen Wildschaden bringen, so muß man es ihnen gestatten, sich selber durch Abschluß des ihr Grundstücke vermehrenden Wildes Hilfe zu schaffen. Ein Vergnügen ist diese Selbsthilfe für den Betroffenen wahrlich nicht, aber sie ist der einzige Weg, auf dem er sich gegen Wildschaden sichern kann.

Abg. v. d. Reck (cons.) empfiehlt den § 1 in der Fassung der Commission, jedoch mit der Aenderung „Jagdwild“ statt „Wild“ zur Annahme.

Abg. Conrad (Centr.) meint, er hätte in den Beschlüssen der Commission gern den Titel des Gesetzes geändert gesehen. Seiner Ansicht nach müßte er heißen: „Gesetz zum Schutze des Großgrundbesitzes gegen Erhaltung von Wildschaden.“ (Heiterkeit.) So sind von der Commission die Fasanen und Rehe aus dem Entwurf gestrichen worden. Das widerspricht den Forderungen, den kleinen Mann, den bäuerlichen Besitzer gegen Wildschaden zu schützen. Im Vorjahre ist es mir in der Commission gelungen, die mittlere Jagd, Rehe und Fasanen in das Gesetz hineinzubringen. Jetzt hat die Commission diese mittlere Jagd glücklich gestrichen. Geht das Gesetz etwa nochmals in eine Commission, so wird diese vielleicht auch das, was noch in dem § 1 steht, wieder aus demselben herausbringen und am Ende gar den Bauer gesetzlich verpflichten, seine Felder rechtzeitig zu bestellen, damit das Wild auch etwas zu fressen hat. (Heiterkeit rechts.) Aendert man nicht den § 1 und bringt man nicht die Rehe wieder hinein, so bitte ich, das Gesetz abzulehnen. In dieser Form liegt es gar nichts.

Abg. Struß (cons.) tritt für die Commissionsbeschlüsse ein; desgleichen die Abgg. Brandenburg (Centr.) und Graf Strachwitz (cons.).

Abg. Franke (nat.-lib.) wird gegen das Gesetz stimmen, wenn nicht die Fassung der Commission aufgegeben wird.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (mitcons.): Die Vorlage ist gut gemeint, aber unpraktisch. Zu helfen ist nur, wenn man nicht nur die Jagdpächter, sondern auch die Besitzer der Forsten zum Schadenersatz verpflichtet.

Abg. Dasbach (Centr.): Gegen einen Dieb darf man sich wehren, nicht aber gegen das Wild. Ist es da ein Wunder, wenn der jetzige Zustand Erbitterung erzeugt?

Abg. Ritter (freicons.) hält die meisten Beschwerden über den Wildschaden für unbegründet und empfiehlt die Commissionsbeschlüsse.

Abg. Drape: Es ist schon ein Vortheil, daß von allen Parteien eine Schadenersatzpflicht anerkannt wird. Wenn aber Rehe und Fasanen ausgenommen werden, werde ich mit meinen politischen Freunden gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Schnatzmeier (cons.): Wenn man ein Gesetz gegen Wildschaden machen will, muß man auch alles Wild einbeziehen und nicht willkürlich einige Arten ausnehmen. Mit einigen meiner Parteigenossen muß ich mich deshalb gegen die Commissionsbeschlüsse wenden.

Der freisinnige Antrag wird abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird alsdann der Theil des weiteren freisinnigen Antrages, nach welchem auch für Rehwild eine Schadenersatzpflicht anerkannt werden soll, mit 160 gegen 138 Stimmen angenommen; des weiteren auch der andere Theil, der eine Schadenersatzpflicht auch für Fasanen festsetzt, und schließlich der ganze derartig modificirte § 1.

Die §§ 2 und 3 werden nach den Commissionsbeschlüssen, § 4 mit einem Zusatz des Abg. Grimm (nat.-l.) angenommen. — Hierauf wird die weitere Berathung auf Freitag vertagt.

Reichstag.

58. Sitzung vom 5. Februar.

Staatsberathung. Die gestrige Debatte über die Ausgaben für Ostafrika wird fortgesetzt.

Abg. Dehmelshäuser (nat.-lib.) tritt sehr lebhaft für die ostafrikanische Colonisation ein und wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen Bambergers. Wenn man Hoffnungen in dieser Beziehung hegt, ist man noch nicht Colonisationschwärmer. Nur ein gesunder Optimismus kann etwas erreichen; der Pessimismus hat noch nie etwas zu Stande gebracht. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Mirbach (cons.) tritt gegen den Abg. Richter für die Colonisationspolitik in Ostafrika ein. Den Erwerb von Gelgoland kann er nicht für eine Compensation deffen halten, was wir in dem Vertrag mit England in Ostafrika abgetreten haben. Die Errichtung einer Reichstruppe bietet die einzige Möglichkeit, eine Pacificirung des Landes herbeizuführen. Wir werden die Mittel dazu bewilligen. Vergessen wir bei unseren colonialen Bestrebungen nicht das Ideale, was dahinter steht. (Beifall rechts.)

Reichshaus v. Caprivi: Graf Mirbach sprach einen Tadel aus, der gestern in einer noch schärferen Form von Herrn v. Staroboff ausgesprochen ist, der sagte, er könne sich nicht mehr für die Colonisationspolitik begeistern; — seit man Witu und das Protectorat über Sanjibar aufgegeben habe, sei ihm die Sache nichts mehr werth. Das ist ein unendlich schwerer Vorwurf für die Regierung, den ich als unbegründet nachweisen werde. Was fanden wir denn vor einem Jahre in Bezug auf Ostafrika vor? Wir fanden in Ostafrika zwei deutsche Schutzgebiete: Witu und das von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft erorbene Ostafrika. Diese beiden Gebiete waren durch eine breite Zone anderen Gebietes von einander getrennt. Unser eigenes Ostafrika gliederte sich in die 10 Seemeilen breite Küste, auf der die Flotte des Sultans von Sanjibar unangefochten herrschte. Es folgte dann das Schutzland, in dem die ostafrikanische Gesellschaft einen gewissen Einfluß übte, und endlich die Interessensphäre. Dieser Interessensphäre waren wieder zweierlei: einmal die anerkannte deutsche Interessensphäre, an die England keinen Anspruch machte, und dann die sogenannten strittigen Interessensphären, von denen eine im Norden und eine im Süden der anerkannten deutschen Interessensphäre lag. Im Lande war Kriegszustand: der Major v. Wissmann, auf Grund der Vollmachten, die er bekommen hatte, suchte das Land zu pacificiren. Handel und Wandel lagen darnieder. In Sanjibar stritt sich deutscher und englischer Einfluß darum, wer heute oder morgen das Ohr des Sultans hätte. Das war ein Zustand, so schlimm, wie er nur

sein konnte, der jenen, der nicht nur ein Verbrechen der früheren Regierung. Ich will aus der ostafrikanischen Gesellschaft keinen Vorwurf machen. Es war ein Zustand, der sich ohne Zutun unsererseits aus den Verhältnissen entwickelt hatte. Schon unter meinem Amtsvorgänger waren Verhandlungen eingeleitet worden, die dahin gingen, mit England zu einem erträglichen modus vivendi zu kommen. Die Verhandlungen hatten aber noch nicht begonnen. Am 2. Mai v. J. gab der Kaiser für die Verhandlungen mit England in einer Immediatordre die Entscheidung, daß erstens die Mittel für Colonialzwecke in erster Linie für Ostafrika zu verwenden sind; zweitens, daß auf Anerkennung der deutschen Ansprüche auf die bestrittene Interessensphäre in den Verhandlungen mit England hingewirkt werde, und daß das Land in der Mitte als Compensation zulässig sei; drittens, daß der Anschluß an das deutsche Reich angestrebt werde; viertens, daß eine Umwandlung der Truppe des Majors Wissmann in eine kaiserlich-deutsche erfolge; fünftens, daß die Schaffung einer über dem Reichscommissar und den sonst beistehenden Behörden und Corporationen stehenden Centralstelle mit dem Sitz auf dem Festlande ins Auge zu fassen, und sechstens, daß die Uebernahme der Verwaltung des Küstenstriches und des Schutzgebietes in die unmittelbare Reichsverwaltung zu betreiben sei. Nach diesen Allerhöchsten Directiven ist die deutsche Regierung vorgegangen, nicht einen Schritt davon find wir abgegangen, und noch heute steht die Colonialregierung auf diesem Boden. Der Zustand, in dem wir lebten, war unerträglich; wir mußten heraus aus ihm, und das war eine der wesentlichsten Schwierigkeiten, die uns beim Abschluß des Vertrages mit England entgegenstanden. England hatte Zeit und war nicht begerlich, Gefügigt von reichen Colonien, spielte etwas mehr Witu oder Sanjibar für England nicht die Rolle wie für uns. Eine weitere Ersparnis bei den Verhandlungen lag darin, daß man mit Dingen zu thun hatte, die geographisch und rechtlich zum großen Theil nicht definierbar waren. Es kam hinzu, daß England dem Sultan von Sanjibar gegenüber die härtere Stellung einnahm. England ist dort seit Anfang des Jahrhunderts thätig gewesen und es war dessen Einfluß der stärkere dem deutschen gegenüber. So traten wir unter nicht leichtsten Verhältnissen in Unterhandlungen mit England ein. Ich bin noch heute der Ueberzeugung, die ich beim Abschluß der Verhandlungen hatte, daß, wenn wir von dem Werthe von Gelgoland absehen und der Frage, in wie weit sich unser Verhältniß zu England dadurch gebessert hat, der Vertrag für uns vorthellhaft war. (Sehr richtig links.) In der deutschen Presse ging man so weit, zu sagen, der deutsche Reichstag hätte sich von Albion übers Ohr hauen lassen. Ein deutscher Staatsmann soll die Aeußerung gethan haben: „Gott, wenn man nur Deutschland ganz Afrika geben könnte!“ In dem Ausdruck liegt die Anerkennung, daß die Sache doch irgendwo eine Grenze haben mußte. Die Colonialregierung mußte sich doch die Frage vorlegen: was können wir auf die Dauer halten? wie weit reichen unsere Kräfte? wie weit das Geld, was Deutsche in Colonien anzulegen gefunden sind, und wie weit reicht unser Menschennaterial, was in den Colonien verwendbar ist? Und da, bin ich der Meinung, war von Hause aus eine Schwäche unserer Colonialpolitik — ich über hiermit keine Kritik an meinem Amtsvorgänger —, das lag in der öffentlichen Meinung, in den Verhältnissen, wie die Colonien bei uns geboren wurden. Man hatte nämlich an zu vielen Stellen gleichzeitig angefangen und hatte nun beide Hände voll mit Dingen, die man zu verwerthen nicht im Stande war, weil man weder Geld noch Menschen dafür hatte. Daraus folgt, daß über eine gewisse Grenze hinaus jede Vermehrung des Umfangs unserer Besitzungen in den Colonien zu einer Schwächung werden mußte. Im Geschäftsbericht der damaligen Witu-Gesellschaft hieß es, der Plantagenbau habe sich, wenn er nicht durch Sklavenarbeit erfolgte, unrentabel erwiesen; der Werth der Ernte reichte nicht einmal hin, um die Aussaaten und Arbeiter zu bezahlen, geschweige denn einen Gewinn zu liefern. Die Regierung konnte danach auf das Land an sich keinen großen Werth legen. Den Besitz der Inseln Manda und Patta würde ich aus meinem alten Interesse für die Marine sehr gewinnlich haben. Die Verhältnisse lagen aber so, daß die Reichsverständigen der Meinung waren, kein Schiedsgericht könne sie uns geben. Ohne sie war das ganze Hinterland für uns ziemlich werthlos. Nun war die Witu-Gesellschaft im Begriff sich aufzulösen und ihr Gebiet an die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft zu verkaufen, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, dadurch eine Compensationsobject zu schaffen. Diese Absicht hatte die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft acceptirt unter Zustimmung der Regierung. Der damalige Staatssecretär des Auswärtigen hatte der Gesellschaft eröffnet, daß die Regierung gegen den Erwerb des Hinterlandes durch die ostafrikanische Gesellschaft nichts einzuwenden habe, aber unter der Voraussetzung, daß dieser Erwerb zu Compensationszwecken erfolgen solle. Schon damals, schon ehe wir in den Vertrag eintraten, stand fest, daß es ein Compensationsobject sein sollte. Nun war, noch ehe die Abtretung ganz perfect war, das Interesse der Regierung von neuem dadurch erregt, daß Deutsche, die eine Unternehmung dahin gerichtet hatten, zu Schaden gekommen sind. Das war zu beklagen, aber wenn diese Insel zur Zeit noch deutsch gewesen wäre, würde nach den mir bekannten Personalien des Mannes, an dessen Namen dies anknapfte, eine Ausschreibung des Sultans von Witu gerade so gut unter deutschem Protectorat möglich gewesen sein, wie unter englischem. Die Engländer schritten ein und haben dann durch ein Landungscorps von 900 Mann Witu niederbrennen lassen. Wenn wir in der Lage gewesen wären, eine solche Expedition in Scene zu setzen, so würden wir materielle Mittel haben aufwenden müssen, die etwa denselben Umfang angenommen hätten, wie die Schiffconcentration um Sanjibar im Jahre 1884. Die Engländer hatten auf einer einzelnen ihrer zahlreichen Stationen ungefähr 500 Mann, als wir überhaupt im Ganzen Kreuzer dort haben. Wenn wir aber ein Landungscorps von 900 Mann hätten zusammenbringen müssen, so wären dazu 7 bis 8 Kreuzer nöthig gewesen, wir hätten also die Schiffe von den anderen Stationen wegnehmen müssen. Das hätte lange Zeit und nicht unerhebliche Kosten beanprucht. Sie sehen also, wie kostspielig der Besitz eines so werthlosen Landes werden kann. In Sanjibar wiederum waren die Zustände geradezu unerträglich. Auch trotz der Rücksichten auf den Handel mußten wir uns von Sanjibar trennen. Denn daß wir bei diesem Vertrage das Protectorat bekommen hätten, wenn England nicht gewillt hätte, das war ausgeschlossen. Es konnte ja nur der Zustand eintreten, der eintreten pflegt, wenn zwei Mächte mit einander verhandeln und es nicht zum Kriege kommen lassen wollen, daß man dann den streitigen Punkt auf sich beruhen läßt und den status quo fortbestehen läßt. Das konnten wir aber nicht, denn wir mußten von dem zehn Seemeilen breiten Küstenstreifen die Flotte des Sultans herunter bekommen, und wir mußten dies zu erreichen, ohne einen großen Aufwand in der Tasche zu haben. Nun ist der Vorwurf erhoben worden, daß Fürst Bismarck diese Abtretung schwerlich gemacht haben würde. Nun würde ich ja ein ganz pflichtvergessener Mensch sein, wenn ich mich nicht selbst wenn mein Vorgänger nicht der bedeutende Mann gewesen wäre, von den Vorverhandlungen überzeugt hätte. Ich habe das gethan und habe gefunden, daß im Oktober 1889 der frühere Reichskanzler bei der Frage der Annexion von Witu erklärt hatte, man müsse prüfen, ob nicht England dort ältere Rechte hätte; die Erhaltung des Lord Salisbury hat den Reichskanzler wichtiger, als ganz Witu. (Hört links.) Es wurde gesagt: Man könne dem Sultan 10–20 Mill. Mark Entschädigung für den Küstenstreifen gewähren. Von Entschädigung ist leicht sprechen, nachher wirkt das aber drückend. Wir suchten von der ostafrikanischen Gesellschaft Geld zu erhalten und andererseits den Preis möglichst herabzudrücken. Wir kamen bis auf 4 Millionen Mark; wir brauchten aber weiter Geld, um das verkörte und

verlorene an zu restituiren. Es mußten Wege gebaut und Telegraphen angelegt werden, wofür das Reich kein Geld ausgeben wollte; wir mußten jahrelange Leute auf unsere Seite bringen. Die ostafrikanische Gesellschaft brachte die Summe auf. Das Reich übernahm die Verpflichtung, aus den Zöllen, welche die Gesellschaft gepachtet hatte, die Gesellschaft zu einem billigen Zinsfuß zu entzählen. Die Summe, welche das Reich der Gesellschaft zu zahlen hat, 600 000 Mk., ist geringer, als der Ertrag der Zölle in dem Aufstadium. Es ist also nicht zu erwarten, daß der Ertrag dieser Zölle unter diese Summe heruntersinkt. Der Eisenhandels wird allerdings mit dem Verschwinden der Zölle aufhören. Es werden aber dann noch andere Artikel an dessen Stelle treten. Die moralische Verpflichtung, daß das Reich, wenn die Zölle niedriger würden, eintreten müßte, habe ich noch nicht empfunden, wie Hr. Bamberger behauptet. Der durch den Aufstand geschädigten ostafrikanischen Gesellschaft müßte Hilfe gebracht werden. Hr. Bamberger meinte, man hätte das Geschäft von Reich wegen machen sollen, das wäre vornehmer gewesen. Vornehm ist das beliebte Verfahren allerdings nicht. Aber wir konnten nicht an den Reichstag gehen, denn bis zum 23. December v. J. hätten wir vom Reichstage das Geld doch nicht bekommen. Es wird gesagt, wir hätten die Kosten des Aufstandes einziehen können von der Gesellschaft, ehe sie Zinsen erhält. Das lag nahe, aber das Reichsjustizamt bestritt, daß die Gesellschaft in Anspruch genommen werden könne, denn die Unternehmungen in Ostafrika seien nicht im Interesse der ostafrikanischen Gesellschaft, sondern im Interesse des Christenthums und der Civilisation vorgenommen worden. Daß die Flotte des Sultans neben der deutschen Flotte wehte, war ein Hauptfehler des früheren Verhältnisses. Die Araber konnten keinen Respect vor Wissmann haben, so lange neben der Reichsflotte die des Sultans stand. Deshalb ist der Vertrag mit dem Sultan ein großer Fortschritt. Wir haben Sanjibar dadurch nicht aufgegeben, denn wir haben es überhaupt nicht gehabt, sondern haben uns davon in anfänglicher Form juridisch gelöst. Wir werden in das Gebiet der Interessensphäre immer weiter vorgehen, je mehr bies die Interessen der deutschen Anwohner verlangen. Bei der Organisation wird unser Bestreben dahin gehen, das, was wir fest haben, auszubauen. Es wird von der Küste aus nach dem Innlande zu organisiert werden müssen. Wir werden vorgehen nach den Mitteln, die dafür bereit stehen. Im Norden werden wir schnell an die großen Seen kommen, wir werden einige Karawanenstraßen mit kleinen Stationen besetzen. Daß wir mit der Vergangenheit brechen, darin hat Herr Bamberger vielleicht recht; aber wir thun dies „der Noth gehorchend“, nicht dem eignen Triebe“. Colonien pflegen in der Kindheit selbständig zu sein und ebenso im Alter. In der mittleren Zeit aber pflegen sie vom Mutterlande aus regiert zu werden. Ostafrika ist ja auch jetzt noch nicht fertig, namentlich im Süden. Wie lange das noch dauern wird, wissen wir nicht. Deshalb kann die Truppe in ihrem Bestande nicht verringert werden, sie kann aber auch nicht in der bisherigen Verfassung bleiben. Das Verhältniß der Officiere zum Major Wissmann ist nicht fest genug. Aus der Denkschrift wissen Sie, wie die Schutztruppe neu organisiert werden soll. Das Schicksal der Officiere, welche jetzt da sind, liegt der Colonialregierung am Herzen. Es wird eine Verminderung der Officiere eintreten, aber wir werden das Bestreben haben, eine Uebergangszeit eintreten zu lassen, welche den Officiern den Rücktritt erleichtert. Wenn wir dadurch den Etat einmal überschreiten sollten, wird das Haus dies nicht über nehmen. Die Officiere, welche dorthin gehen, sollen möglichst das Gefühl behalten, daß sie Deutsche sind. Wie die Verwaltung eingerichtet werden soll, weiß ich nicht; die Verhältnisse sind zu verschieden, im Norden und im Süden, im Innern des Landes und an der Küste. Nach möglichst Entlastung des Reiches trachten wir schon jetzt. In absehbarer Zeit wird das Reich in die Lage kommen, die Kosten, welche es jetzt selbst aufwenden muß, aus den Zöllen und sonstigen Einnahmen sicher zu stellen. Es wird sehr schwer sein, den Handel von Sanjibar nach der Küste zu ziehen. Es kann das aber Jahrzehnte dauern. Es war ein Fehler des Anfangs unserer Colonialpolitik, daß die Unternehmer sich die Sache zu leicht dachten und deshalb leicht ermüdeten. Daß die neue Geschäftsstelle an der Küste liegen muß, ist zweifellos; die Sachkenner schwanken zwischen Bagamoyo und Dar-es-Salaam, von welchen letzteres den besseren Hafen hat. Plantagenbau wird eingeführt werden können, wenn es gelingt, die Bevölkerung zum Arbeiten zu bringen. Es war vielleicht nicht günstig, daß die Unterdrückung des Sklavenhandels zusammenfiel mit dem Beginn des Plantagenbaues. Die Araber müssen geholt werden, weil sie Handelsbeziehungen bis tief ins Innere haben. Es muß Einer über Alle gestellt werden, hat ein Sachkenner gesagt dieser Eine mußte gefunden werden und es mußte Einer sein, der von anderswoher kam. Der einzige Mann, den wir dazu vorschlagen konnten, war Frhr. v. Soden, der sich aber die Annahme des Amtes vorbehalten hat, bis er sich die Sache angesehen hatte. Er kommt zurück, nicht als Optimist, und hält manche Schilberung für übertrieben, aber er glaubt doch, daß aus der Sache etwas zu machen ist. Ueber das Schicksal der Männer, die bisher dort gewirkt haben, hat man gesprochen: über Wissmann, Peters und Emin Pascha. Die Colonialregierung ist ererbigt, die Dienste dieser Männer in Anspruch zu nehmen, denn Platz ist dort für mehr als eine Armee vorhanden. Wir müssen nur eine Forderung stellen, daß sie abhängig sind von dem Frhr. v. Soden. Denn die Verhältnisse haben gezeigt, daß die Anordnungen nur getroffen werden können dort an Ort und Stelle. Frhr. v. Soden kann von seinen Befugnissen so viel delegiren, wie er will. Die Herren treten nur in eine Abhängigkeit vom Reich. Wir haben jetzt schon ein Bild vor uns, das besser ist als das Bild vor einem Jahre. In Jahresfrist wird es vielleicht noch besser sein. Nur in großen Zeiträumen kann etwas geleistet werden, und ich habe den Glauben an die deutsche Nation, daß sie hinter keiner anderen Nation zurückbleiben, daß sie im Stande sein wird, das Erworbene festzuhalten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Richter: Den Ausführungen des Reichskanzlers über das deutsch-englische Abkommen können wir vollständig zustimmen, aber nur nicht dem, daß er von der öffentlichen Meinung wird in diesem Falle gemacht von Seiten, welche sich colonialpolitischen Phantasien hingeben und um so lauter sind, je einflussloser sie sind. Die ganze öffentliche Meinung hat nichts gemein mit dem Handel. Je weiter vom Meere ab, um so größer die Colonialschwärmerie; je näher der See, desto nüchternere Colonialschwärmerie sind überhaupt vielfach erst aufgetreten nach einem lebhaften Briefwechsel mit dem Reichskanzler, der z. B. erst die Kölner heute finance bewegen mußte, Geld herzugeben. Wenn erst das Trauerjahr für den Fürsten Bismarck vorüber sein wird (Heiterkeit), dann werden wir sehen, wie die Anhänger der Colonialpolitik zusammengekommen sind. Herr Dehmelshäuser hat sich heute als Optimist vorgestellt; sonst ist er ein Pessimist, er sieht den Untergang der ganzen Zuckerindustrie vor Augen, wenn nicht das Reich 20 Mill. jährlich hergiebt. Hr. Dehmelshäuser ist immer bereit, das große Reichsgefäß anzuspülen. (Sehr richtig links.) Die ostafrikanische Gesellschaft wird noch öfter hier eine Rolle spielen, denn sie ist keine reine Privatgesellschaft, sie hat sich auf Kosten des Reiches von dem Aufstand befreien lassen und erhält jetzt 600 000 Mk. aus den Zöllen, ohne daß sie auch nur das Geringste gethan hätte. Was Hr. Dehmelshäuser von den subventionirten Dampfern erzählt hat, ist nicht maßgebend, denn die Dampfer besaßen ganz Ostafrika, und was entfällt von ihrer Ausfuhr denn auf das deutsche Schutzgebiet? Der Entrüstungssturm, von dem der Reichskanzler sprach, hat sich auch gegen den Fürsten Bismarck gewendet. Die Herren waren immer entristet (Heiterkeit), wenn ein Staatsmann nicht ihren Schwärmerieen folgte, sondern auf nüchterne reale

Thatsachen Rücksicht nahm. Besser wäre es gewesen, das Reich von der Verantwortlichkeit für alle dortigen Vorgänge freizulassen. Die ganzen Vorgänge der letzten Zeit zeigen, daß die Verwaltung in einer Hand liegen muß. Gegen Herrn v. Soden liegt nichts vor; er hat schon eine gewisse Erfahrung in der Colonialverwaltung. Aber Wissmann und Emin Pascha sollten nicht weiter verwendet werden; die Nachrichten beweisen, daß Wissmann dem Lehren ganz unberechtigter Vorwürfe gemacht hat, so wohl bezüglich des Marichs nach Labors, als wegen seines Verhältnisses zu Stokes. Man gewinnt den Eindruck, daß Emin Pascha ohne die genügenden Vorurtheile abgezogen ist, daß solche Expeditionen überhaupt bedenklich sind, wo es an regelmäßigen Verbindungen fehlt. Freilich ist es, daß Fürst Bismarck in diesen Verhandlungen vernünftiger war, als es in der von ihm ressortirten Presse erschien; der Kampf gegen die Engländer war also schließlich wohl nicht so ernsthaft gemeint. Die colonialen Fragen bilden nur einen untergeordneten Punkt in der Beurtheilung internationaler Fragen. Welt Deutschland in der Mitte von Europa liegt und deshalb die großen Kosten für seine Wehrkraft aufwenden muß, fühlen wir uns verpflichtet, uns zu wehren gegen irgend welche colonialpolitischen Experimente. Der Reichskanzler geht trotz aller Beschränkung noch viel weiter, als wir es verantworten können. (Beifall links.)

Reichskanzler v. Caprivi: So sehr es mich freut hat, von Herrn Richter Aeußerungen über England zu hören, die den Anschauungen der verbündeten Regierungen durchaus entsprechen, so sehr bedauere ich das, was er über die letzte Thätigkeit des Frh. v. Wissmann gesagt hat. Es liegen persönliche Differenzen vor, die Sache ist aber noch nicht spruchreif. Wir wissen alle, was wir Frh. v. Wissmann in Afrika verdanken. Wenn ich gesagt habe, daß es dort jetzt besser steht, als vor einem Jahre, so haben wir das wesentlich der Thätigkeit dieses Officiers zu verdanken. Ich bedauere sehr, daß er hier öffentlich so schlecht beurtheilt wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Volkmar (Soc.): Wir haben in Deutschland an idealen Culturaufgaben noch so viele zu erfüllen, daß es nicht nöthig ist, in die Ferne zu schweifen. An geeigneten Männern und an Geldmitteln sind wir dazu noch viel zu arm, um uns um das ferne Ostafrika zu kümmern. Wenn aber in Ostafrika ein civilisatorischer Erfolg errungen werden soll, so muß die militärische Seite hinter der Civilverwaltung zurücktreten, und darum sind wir gegen die Forderung der Schutztruppe. Da liegt die Gefahr nahe, daß wir nach Stanley'scher Art civilisiren, eine Art, die gerade in Deutschland am lebhaftesten bekämpft wurde.

Abg. v. Staroboff (Reichsp.): Meine gestrigen Erklärungen waren deswegen etwas schärfer, weil der Reichskanzler nach den Reden der linken Seite erklärte, er sei auch kein Colonialenthusiast; heute nach seiner Rede hätte ich nicht so gesprochen. Frankreich ist trotz seiner Colonialpolitik heute vielleicht das reichste Land Europas, und England hat ja seinen Reichtum gerade aus den Colonien geschöpft. Ich schätze Gelgoland für nicht so gering, aber wenn es auch für uns einen Werth hat, so hat es doch einen solchen für England nicht. England hat also für etwas, das für dieses Land keinen Werth hat, etwas Werthvolles bekommen. Redner polemisiert dann noch gegen Richter.

Hierauf vertagt das Haus die Debatte auf Freitag.

Deutschland.

* Berlin, 5. Februar. Die Kaiserin Friedrich und Prinzessin Margarethe werden, nach der „Post“, sich Mitte dieses Monats nach England zum Besuch der Königin von Großbritannien begeben und daselbst bis zur Abreise der Königin von Italien verweilen. Dann wird die Kaiserin den gewöhnlichen Frühlingsaufenthalt in Somburg nehmen.

* [Prinz Heinrich] wohnte der heutigen Sitzung im Abgeordnetenhaus bei; in seiner Begleitung befand sich der Minister Herrfurth, ferner zwei Adjutanten. Begrüßt wurde der Prinz von dem ersten Präsidenten Herrn v. Köller, welcher dem Prinzen während der Verhandlungen zur Seite blieb.

* [Graf Waldersee] hat sich nach der „Allg. Reichschr.“ am Mittwoch Mittag von den Offizieren und Beamten des Generalstabes verabschiedet und die Geschäfte dem rangältesten Oberquartiermeister, General von Schlieffen II., übergeben. Graf Waldersee begann seine Abschiedsrede etwa mit den Worten: „Se. Majestät der Kaiser und Königin hat anders über mich verfügt, und mich an eine andere Stelle gesetzt: dem Soldaten geziemend es nicht, nach den Gründen zu forschen!“ Er schloß mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser.

Graf Waldersee hat Berlin bereits verlassen und sich nach Altona begeben. Bei der Verabschiedung von den Offizieren des Generalstabes äußerte Graf Waldersee, daß der Kaiser seinen Nachfolger noch nicht ernannt habe.

L. [Abg. Dr. Bamberger] hat Familienverhältnisse wegen einen kurzen Urlaub nehmen müssen. Er konnte deshalb der heutigen Reichstagsitzung nicht beiwohnen und auf die gegen seine gestrige Rede gerichtete Kritik nicht antworten.

* [Mandatsniederlegung.] Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschloß heute, die Wahl des freisinnigen Abg. Dr. Witte (Sonnenberg-Saalfeld) für ungültig zu erklären. In der Stichwahl sind mehr Wahlzettel, als die Mehrheit für Witte betrug, mit Unrecht für ungültig erklärt worden. Dr. Witte wurde in der Stichwahl mit 8508 Stimmen gewählt gegen 8496, welche der socialdemokratische Candidat erhielt. In Folge des Beschlusses der Commission hat Herr Dr. Witte dem Präsidenten angezeigt, daß er sein Mandat niederlege. In Sonnenberg-Saalfeld wird also eine Neuwahl stattfinden. Das hoffentlich nur vorläufige Ausscheiden Wittes wird auch über den Kreis seiner Fraktionsgenossen hinaus aufrechtig bedauert.

* [Das Centrum] hat im Abgeordnetenhaus den in der Einkommensteuercommission mit 19 gegen 9 Stimmen abgelehnten Antrag Bachem, wonach die Sicherung des Wahlrechts der Wähler der 3. Abtheilung bei Wahlen zu Gemeindevertretungen orislatutarische Bestimmungen, welche das Wahlrecht an einen höheren Klassenverfaß knüpfen als den von 6 Mk., ihre Gültigkeit verlieren sollen, als befondernen Gesetzentwurf eingebracht. Von der Annahme desselben will das Centrum seine Zustimmung zu dem Einkommensteuergesetz abhängig machen.

* [Die Volksschulcommission] beriet heute den § 110 über die Anstellung der Lehrer. Von verschiedenen Seiten wurde bekämpft, daß das Anstellungsrecht lediglich der Schulaufsichtsbehörde übergeben werden soll. Minister v. Söller wies dem gegenüber auf den Artikel 24 der Verfassung hin, welcher lautet: „Der Staat stellt unter geistlicher geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.“ Daran könne man nicht vorbeikommen. Dem Mitwirkungsrecht der Gemeinden und Gutsbesitzer sei im Entwurf ein weitgehender Spielraum gewährt. Die Abstimmung wurde vertagt.

* [Die zweite Berathung des Arbeiterschutzes] wird gegen Ende der nächsten Woche

